

Österreich

Internationaler Bericht zur Religionsfreiheit 2010 Herausgegeben vom Büro für Demokratie, Menschenrechte und Angelegenheiten der Arbeit

Die Religionsfreiheit ist in der Verfassung verankert und die Gesetze und Politik der Regierung sind der generell freien Religionsausübung im Land förderlich. Allerdings beklagen sich einige religiöse Minderheiten, daß sie nur als zweitrangig gelten. Die Regierung stuft einige dieser Gruppen als „Sekten“ ein.

Die Regierung respektierte im Allgemeinen die Religionsfreiheit. Während des Berichtszeitraums waren keine Veränderungen hinsichtlich der Respektierung der Religionsfreiheit festzustellen.

Es gab vereinzelt Berichte über gesellschaftlichen Missbrauch und Diskriminierung, die sich gegen religiöse Überzeugungen oder Ausübung der Religion richteten. Die NGO „Forum gegen den Antisemitismus“ berichtete über 70 antisemitische Übergriffe von Januar bis Dezember 2010. Es gab ein gewisses Ausmaß an gesellschaftlichem Mißtrauen und Diskriminierung gegenüber Mitgliedern nicht offiziell anerkannter religiöser Gemeinschaften, besonders solcher, die als „Sekten“ gelten. 2009 wurden der Kommission für Gleichbehandlung 41 Fälle von religiös motivierter Diskriminierung gemeldet. Am Ende des Berichtszeitraumes 2010 lagen noch keine offiziellen Zahlen vor. Muslime berichteten ebenfalls über gegen sie gerichtete Vorurteile, besonders in Bezug auf das Tragen von Kopftüchern und Schleiern.

Die amerikanische und die österreichische Regierung besprechen die Religionsfreiheit betreffende Themen im Zusammenhang mit den Bemühungen der amerikanischen Regierung um die Förderung der Menschenrechte.

Abschnitt 1 Religiöse Demographie

Österreich hat eine Fläche von 83.871 Quadratkilometern, und eine Bevölkerung von etwa 8,2 Millionen Menschen. Laut der Volkszählung von 2001 und aktuellen Schätzungen des das Wiener Instituts für Demographie, ist die Zugehörigkeit zu den meistverbreiteten Religionen folgendermaßen: Römisch-Katholische Kirche – 68 Prozent; Islamische Glaubensgemeinschaft – 6 Prozent; Evangelische Kirche einschließlich der Lutherischen und Schweizer Reformierten Kirchen (Augsburger und Helvetisches Bekenntnis) – 3,9 Prozent; Orthodoxe Kirchen (Russisch, Griechisch, Serbisch, Rumänisch, Bulgarisch) – 2,6 Prozent; andere christliche Kirchen – 0,9 Prozent; Zeugen Jehovas – 0,3 Prozent; andere nicht-christliche Kirchen – 0,2 Prozent, und Jüdische Glaubensgemeinschaft – 0,1 Prozent. Auf Atheisten und Personen, die keine Religionszugehörigkeit angaben, entfielen 18 Prozent.

Laut einem im August erschienenen Bericht des Wiener Instituts für Demographie ist in Österreich in den letzten 60 Jahren ein stetiger Rückgang bei der Religionszugehörigkeit zu verzeichnen. Der Bericht führt diesen Rückgang auf eine allgemeine Gleichgültigkeit in religiösen Fragen und eine weit verbreitete weltliche Grundeinstellung zurück. Eine im September durchgeführte Umfrage eines österreichischen Magazins stellte fest, dass die kürzlich aufgedeckten Missbrauchsskandale in der Katholischen Kirche etliche Bürger dazu bewogen haben, sich von jedweder Form organisierter Religion abzuwenden, und insbesondere von den christlichen Kirchen. Eine Ausnahme bildet in dieser Hinsicht die Islamische Glaubensgemeinschaft, bei der im Zuge verstärkter Einwanderung aus vorwiegend muslimischen Ländern wie der Türkei ein Zuwachs im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung erwartet wird. Das Wiener Institut für Demographie schätzt, dass der Anteil der Muslime an der Gesamtbevölkerung sich bis 2051 auf 18 Prozent erhöhen wird.

In einer von einem österreichischen Magazin im Jahr 2009 durchgeführten Umfrage gaben 2 Prozent der Befragten an, mehr als einmal in der Woche einen Gottesdienst zu besuchen, 10 Prozent gingen einmal pro Woche, 9 Prozent mindestens einmal im Monat, 24 Prozent mehrmals im Jahr (zu besonderen Gelegenheiten), und 55 Prozent besuchten fast nie einen Gottesdienst.

Der Anteil an Protestanten in den Bundesländern Kärnten (10,3 Prozent) und Burgenland (13,3 Prozent) liegt über dem nationalen Durchschnitt.

Die Anzahl der Muslime in Wien (7,8 Prozent) und im Bundesland Vorarlberg (8,4 Prozent) liegt aufgrund der verstärkten Präsenz von in der Industrie beschäftigten Gastarbeitern aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien in diesen Gegenden über dem nationalen Durchschnitt.

Bei den meisten Gruppen, die von der Regierung als „Sekten“ bezeichnet werden, handelt es sich um kleine Organisationen mit weniger als 100 Mitgliedern. Zu den größeren Gruppen gehören die Scientology Kirche mit 5.000 bis 7.000 Mitgliedern, und die Vereinigungskirche mit etwa 700 Anhängern. Weitere Gruppen, die als „Sekten“ bezeichnet werden, sind: Divine Light Mission, Eckankar, Hare Krishna, die Holosophische Gesellschaft, die Osho Bewegung, Sahaja Yoga, Sai Baba, Sri Chinmoy, Transzendente Meditation, Zentrum für experimentelle Gesellschaftsgestaltung, Fiat Lux, Universelles Leben, und Die Familie.

Abschnitt 2 Status der Respektierung der Religionsfreiheit durch die Regierung

Rechtliche und politische Rahmenbedingungen

Bezüglich des Status der Akzeptanz internationaler rechtlicher Standards durch die Regierung, siehe Anhang C im Länderbericht über Menschenrechtspraktiken unter: <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2010/appendices/ndex.htm>.

Die Religionsfreiheit ist in der Verfassung verankert und die sonstigen Gesetze und Politik der Regierung waren der generell freien Religionsausübung im Land förderlich. Bürger haben das Recht, die Regierung im Falle von Verletzung des verfassungsmäßig verankerten Rechts auf Religionsfreiheit zu klagen.

Das Gesetz untersagt die öffentliche Aufhetzung zu feindlichen Aktionen gegen eine Kirche, eine religiöse Gemeinschaft oder Gruppe aufgrund von Zugehörigkeit zu einer bestimmten Ethnie, Nationalität oder Volksgruppe sofern diese Aufhetzung die öffentliche Ordnung gefährdet. Es untersagt weiterhin die Menschenwürde verletzende Aktionen der Verhetzung, Beleidigung oder Verachtung gegen diese Gruppen.

Die Regierung ist säkular. Die Römisch-Katholische Kirche ist die vorherrschende Religionsgemeinschaft in Österreich. Die Regierung erkennt den Dreikönigstag, Karfreitag (nur für Protestanten), Ostermontag, Christi Himmelfahrt, Pfingstmontag, Fronleichnam, Maria Himmelfahrt, Allerheiligen, Maria Empfängnis, sowie den ersten und zweiten Weihnachtsfeiertag als nationale Feiertage an.

Das Gesetz beinhaltet keinerlei Einschränkungen hinsichtlich religiöser Kleidung oder Symbole in der Öffentlichkeit und am Arbeitsplatz.

Der Status religiöser Organisationen wird gemäß dem Anerkennungsgesetz aus dem Jahr 1874 und dem Gesetz über die Rechtspersönlichkeit von religiösen Bekenntnisgemeinschaften von 1998 geregelt, mit dem der Status einer „religiösen Bekenntnisgemeinschaft“ eingeführt wurde. Religiöse Organisationen werden in drei Kategorien gegliedert, von denen jede unterschiedliche Rechte, Privilegien, und Pflichten mit sich bringt (absteigend nach Status aufgelistet): Staatlich anerkannte Religionsgesellschaften, staatlich eingetragene Bekenntnisgemeinschaften, und religiöse Vereine.

Die Regierung stellt privaten Schulen, die von einer der im Folgenden aufgelisteten 14 offiziell anerkannten religiösen Organisationen betrieben werden, finanzielle Mittel zur Verfügung: Der Römisch-Katholischen Kirche, der Evangelischen Kirche (Augsburger und Helvetisches Bekenntnis), der Islamischen Glaubensgemeinschaft, der Altkatholischen Kirche, der Jüdischen Glaubensgemeinschaft, der Östlichen Orthodoxen Kirchen (Russisch, Griechisch, Serbisch, Rumänisch, Bulgarisch), der Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage (Mormonen), der Neuapostolischen Kirche, der Syrisch-Orthodoxen Kirche, der Koptisch-Orthodoxen Kirche, der Armenisch-Apostolischen Kirche, der Methodistischen Kirche Österreichs, der Buddhistischen Gemeinschaft sowie den Zeugen Jehovas. Die Klassifizierung als offiziell anerkannte Religionsgesellschaft nach dem Anerkennungsgesetz von 1874 hat weitreichende Folgen: So sind Religionsgesellschaften berechtigt, Kirchenbeiträge einzuheben, die auch gesetzlich erzwungen werden können, sowie dazu, Religionsunterricht an öffentlichen Schulen zu erteilen, und Mitarbeiter als Pfarrer, Missionare oder Lehrer ins Land zu bringen. Unter dem Anerkennungsgesetz von 1874 haben Religionsgesellschaften den Status einer öffentlichen Körperschaft, was ihnen die Teilnahme an einer Reihe von öffentlichen oder

quasi-öffentlichen Aktivitäten erlaubt, die Bekenntnisgemeinschaften und Vereinen nicht offen stehen. Nur Religionsgesellschaften erhalten staatliche Förderungen für Religionslehrer an öffentlichen und privaten Schulen; anderen religiösen Organisationen stehen solche Mittel nicht zur Verfügung.

Das Gesetz über die Rechtspersönlichkeit von religiösen Bekenntnisgemeinschaften aus dem Jahr 1998 ermöglichte bereits bestehenden Gesellschaften die Beibehaltung ihres Status, bestimmte aber gleichzeitig neue Kriterien für andere religiöse Gruppen, die den Status einer staatlich anerkannten Religionsgesellschaft anstreben. Eines dieser Kriterien ist die Voraussetzung einer 20-jährigen Existenz der Gruppe (mindestens 10 dieser 20 Jahre muss die Gruppe als religiöse Bekenntnisgemeinschaft nach dem Gesetz von 1998 bestanden haben). Außerdem müssen die Mitgliedszahlen der Gruppe mindestens 0,2 Prozent der Bevölkerung entsprechen (ungefähr 16.000 Mitglieder). Diese Anforderungen für Mitgliedschaft treffen nur auf 5 der 14 staatlich anerkannten Gesellschaften zu (Römisch-Katholische Kirche, Evangelische Kirche, Islamische Glaubensgemeinschaft, die Orthodoxen Ostkirchen und die Zeugen Jehovas). In der Vergangenheit wurden sowohl die Wartezeit auf Anerkennung, als auch die unterschiedlichen Standards, Vorteile und Privilegien für Religionsgesellschaften und andere Gruppen immer wieder vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte kritisiert.

Das Gesetz von 1998 ermöglicht es religiösen Gruppen, die nicht als Religionsgesellschaften anerkannt sind, um den Status einer Bekenntnisgemeinschaft anzusuchen. Allerdings sind solchen Gemeinschaften die Steuer- und Bildungsprivilegien von Religionsgesellschaften nicht zugänglich. Um den Status einer Bekenntnisgemeinschaft zu erlangen, muss eine Gruppe mindestens 300 Mitglieder aufweisen, und der Regierung ihre schriftlichen Statuten vorlegen, in denen die Ziele, Rechte und Pflichten der Mitglieder aufgelistet werden, sowie die Regelungen bezüglich Mitgliedschaft, Leitung der Gruppe und ihre Finanzierung. Auch muss die Gruppe eine schriftliche Definition ihrer religiösen Doktrin vorlegen, welche sich von denen der nach dem Gesetz von 1874 anerkannten Religionsgesellschaften sowie den nach dem Gesetz von 1998 als Bekenntnisgemeinschaften definierten Gruppen unterscheiden muss. In der Folge überprüft das Unterrichtsministerium, dass die Grundprinzipien der Gruppe die öffentliche Sicherheit und Ordnung, die Gesundheit und Moral, sowie die Rechte und Freiheiten der Bürger nicht gefährden. Im Zuge einer OSZE Konferenz zum Thema „Antisemitismus und andere Formen von Intoleranz“ im Jahr 2005 kamen mehrere Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und anerkannte Experten zu dem Schluß, daß „das existierende System und insbesondere das Gesetz über die Rechtspersönlichkeit von religiösen Bekenntnisgemeinschaften aus dem Jahr 1998 in seinem Kern diskriminierend ist, da es religiöse Organisationen de facto daran hindert, einen staatlich anerkannten Status zu erlangen und sie statt dessen als zweitklassig einstuft“.

Wird eine Gruppe als religiöse Bekenntnisgemeinschaft anerkannt, erlangt sie Rechtspersönlichkeit, die es ihr ermöglicht, Tätigkeiten wie den Erwerb von Immobilien in ihrem Namen oder die Auftragsvergabe für Waren und Dienstleistungen auszuführen.

Für religiöse Gruppen, welche diesen Status erlangen möchten, besteht eine 6-monatige Wartefrist ab Einreichung des Antrags beim Unterrichtsministerium.

2009 wurde das Ansuchen der Aleviten um die Anerkennung als staatlich anerkannte Religionsgesellschaft von der Regierung abgewiesen. Im Dezember entschied der Verfassungsgerichtshof, dass die Begründung für die Ablehnung verfassungswidrig sei. Daraufhin erkannte die Regierung die Aleviten als Glaubensgemeinschaft an. Andere religiöse Gruppen stellten Ende des Jahres ebenfalls Anträge auf eine derartige Anerkennung.

Die 11 religiösen Gruppen, die den Status einer religiösen Bekenntnisgemeinschaft haben, sind: Die Baha'i Gemeinde, die Baptisten, die Evangelische Allianz, die Bewegung für Religiöse Erneuerung-Gemeinschaft der Christen, die Freie Christengemeinde (Pfingstgemeinde), die Pfingstkirche Gemeinde Gottes, die ELAIA Christengemeinde, die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten, die Hinduistische Religionsgemeinschaft, die Mennonitische Freikirche und die Aleviten. Die Bewegung für Religiöse Erneuerung-Gemeinschaft der Christen stellte einen Antrag auf Anerkennung als Religionsgesellschaft. Nachdem dieser Antrag vom Unterrichtsministerium abgelehnt wurde, legte die Gruppe am 11. Mai beim Verfassungsgerichtshof Berufung ein.

Religiöse Gruppen, die weder als Religionsgesellschaften noch als religiöse Bekenntnisgemeinschaften klassifiziert werden können, haben die Möglichkeit, sich im Sinne des Vereinsrechts als Vereine zu organisieren. Vereine haben den Status einer Körperschaft, und damit viele der Rechte, die auch religiösen Bekenntnisgemeinschaften zustehen, wie das Recht auf Erwerb von Immobilien im Rahmen des Vereinsrechts. Einige religiöse Gruppen haben sich als Vereine organisiert, während sie gleichzeitig die Anerkennung als Religionsgesellschaften beantragten. Die Scientology Kirche (die ihren Antrag auf Erhalt des Status als religiöse Bekenntnisgemeinschaft 1998 zurückzog), die Vereinigungskirche und ein Reihe von kleineren Gruppen sind als Vereine organisiert.

Missionarische Tätigkeiten werden nicht eingeschränkt. In der Vergangenheit meldeten nicht-erkannte Gruppen allerdings Schwierigkeiten beim Erhalt von Aufenthaltsgenehmigungen für ausländische Arbeitnehmer der Gemeinschaft. Im Gegensatz zu den Arbeitnehmern im religiösen Bereich, die anerkannten Religionsgesellschaften angehören, werden für Mitglieder nicht-erkannter Gemeinschaften nur eine begrenzte Anzahl von Visa ausgestellt, die weder an einen Arbeitsplatz noch an Familienzugehörigkeit geknüpft sind.

Die Regierung stellt Mittel für den Religionsunterricht in öffentlichen Schulen, sowie Orte für Gottesdienste für Kinder zur Verfügung, die einer der 14 staatlich anerkannten Religionsgesellschaften angehören. Die Regierung bietet keine solchen Förderungen für nicht-erkannte religiöse Gruppen an. Eine Mindestanzahl von drei Kindern ist für eine Unterrichtsklasse erforderlich. In manchen Fällen entscheidet eine Religionsgesellschaft, daß die Verwaltungskosten eines Religionsunterrichts zu hoch sind, als daß sie die Abhaltung solcher Unterrichtsstunden in allen Schulen rechtfertigen würde. Der Besuch

des Religionsunterrichts, der entweder in der Schule oder an von den jeweiligen religiösen Gruppen ausgewählten Orten stattfindet, ist verpflichtend, außer Schüler melden sich zu Beginn des Schuljahres offiziell vom Religionsunterricht ab. Kinder unter 14 Jahren können sich nur mit Erlaubnis der Eltern vom Religionsunterricht abmelden. Einige Schulen bieten Ethikunterricht für Schüler an, die am Religionsunterricht nicht teilnehmen.

Der allgemein verbindliche Lehrplan sieht die Förderung von Toleranz und den Abbau von Vorurteilen als Erziehungsziele der Schulen vor und setzt entsprechende Schwerpunkte in einer Reihe von Schulfächern, einschließlich Deutsch und Geschichte. Der Religions- und Ethikunterricht ist ein weiteres Forum in dem die Grundsätze der verschiedenen Religionen erklärt werden und allgemeine Toleranz gelehrt wird.

Die Holocausterziehung ist allgemein Teil des Geschichtsunterrichts, kommt jedoch auch in anderen Fächern unter der Bezeichnung „politische Bildung“ vor. Das Unterrichtsministerium hält gemeinsam mit der Anti-Defamationsliga spezielle Trainingsprogramme ab. Eigene Lehrerausbildungsseminare zum Thema Holocausterziehung stehen zur Verfügung und Opfer des Holocaust sprechen mit Schulklassen über den Nationalsozialismus und den Holocaust.

Am 17. November beschloss das österreichische Parlament ein Gesetz das die Einrichtung eines Fonds für die Renovierung und den Erhalt jüdischer Friedhöfe vorsieht. In Übereinstimmung mit dem Washingtoner Abkommen von 2001 zwischen Österreich und den USA, in welchem Österreich sich verpflichtete, „zusätzliche Mittel für Restauration und Erhalt der jüdischen Friedhöfe“ bereitzustellen, hat die Regierung zugesagt, über einen Zeitraum von 20 Jahren insgesamt 20 Millionen Euro für dieses Projekt zur Verfügung zu stellen.

Die Regierung achtet auf strenge Umsetzung ihrer Gesetze gegen nationalsozialistische Wiederbetätigung, die neo-nazistische Aktionen wie die Leugnung des Holocausts, Anstiftung zu neo-nazistischer Tätigkeit und Glorifizierung des Nationalsozialismus verbieten. Aufgrund der nationalsozialistischen Vergangenheit gibt es starken Widerstand gegen eine Lockerung des Gesetzes, das die Leugnung des Holocausts verbietet.

Die Regierung stellt Polizeischutz für Einrichtungen der Jüdischen Gemeinde zur Verfügung.

Einschränkung der Religionsfreiheit

Die Regierung respektierte im Allgemeinen die religiöse Freiheit in der Praxis. Es gab während des Berichtszeitraumes keine Veränderungen bezüglich der Achtung der religiösen Freiheit durch die Regierung.

Zahlreiche von der Regierung unter dem Gesetz von 1998 nicht anerkannte Gruppierungen, sowie einige Experten für Religionsrecht, haben die angegebenen

Vorteile der Erlangung eines rechtlichen Status nach dem Gesetz von 1998 bestritten, und kritisiert, dass die im Gesetz vorgesehenen Zusatzkriterien für eine Anerkennung als Religionsgesellschaft diese effektiv erschweren, und nicht-anerkannte religiöse Gruppierungen als „zweitklassig“ abgestempelt werden.

Die Bundesstelle für Sektenfragen arbeitete weiterhin als Beratungsinstitution für Personen mit Fragen zu Sekten und Kulturen. Laut Gesetz genießt die Bundesstelle unabhängigen Status, doch wird ihr Vorstand vom Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend ernannt und beaufsichtigt.

Das Bundesland .Niederösterreich und die Stadt Wien stellen Mittel für ein von einer umstrittenen quasi Nicht-Regierungsorganisation (NGO) geleitetes Zentrum zur Verfügung, das Sekten und Kulte aktiv bekämpft („Gesellschaft gegen von Sekten und Kulturen ausgehende Gefahren“ - GSK). Das GSK verteilt Informationsmaterial an Schulen und an die Öffentlichkeit und leitet ein Beratungszentrum für Personen, die der Meinung sind, ihr Leben sei durch Sekten und Kulte beeinträchtigt worden. Mehrere Bundesländer finanzierten Stellen, die Informationen über Sekten und Kulte anbieten. Ein Teil der Öffentlichkeit ist der Meinung, dass die Bundesstelle für Sektenfragen und ähnliche Regierungsstellen die gesellschaftliche Diskriminierung gegen nicht-anerkannte religiöse Gruppen fördere.

Die Position der konservativen ÖVP bezüglich der Vereinbarkeit von Parteimitgliedschaft mit einer Sektenmitgliedschaft war während des Berichterstattungszeitraums unverändert. Die Parteiposition legt fest, dass eine Parteimitgliedschaft mit der Mitgliedschaft in einer „Sekte“ unvereinbar ist, wenn die betreffende Sekte ein von der Partei fundamental verschiedenes Menschenbild hat, Meinungen vertritt die mit den ethischen Grundsätzen der Partei unvereinbar sind oder die Grundrechte ablehnt, die in fortschrittlich gesinnten Rechtsstaaten und offenen Gesellschaften üblicherweise gewährt werden.

Gefängnisinsassen, die einer nicht-anerkannten religiösen Gruppe angehören, haben das Recht auf seelsorgerische Betreuung.

Wie bereits zuvor, berichtete die Scientology Kirche auch diesmal wieder über Probleme mit Genehmigungen für öffentliche Veranstaltungen im Zentrum von Wien.

Im Frühjahr sprachen sich einzelne Politiker aller fünf im Nationalrat vertretenen Parteien für ein Verbot der Burka (ein weitsitzendes Kleidungsstück, das den ganzen Körper bedeckt mit einem Schleier, der nur über einen Schlitz für die Augen verfügt) mit dem Argument aus, diese sei ein Symbol für die Unterdrückung der Frau.

Vor den Landtagswahlen im Bundesland Steiermark am 26. September 2010 installierte die steirische Landespartei der rechtsgerichteten, populistischen Freiheitlichen Partei Österreichs FPÖ auf ihrer Internetseite ein Spiel, bei dem die Teilnehmer Punkte gewinnen konnten, wenn sie Minarette oder Männer in traditioneller türkischer Kleidung mit „Stop“-Aufklebern versahen. Nachdem Beschwerden über dieses Spiel bei der

steirischen Staatsanwaltschaft eingegangen waren, wurde das Spiel von der Website genommen. Das Spiel tauchte später auf einer neo-Nazi Homepage wieder auf. Die steirischen Justizbehörden ermitteln gegen den steirischen FPÖ Parteiobmann wegen Verhetzung und Denunzierung religiöser Lehren.

Vor den Landtagswahlen in Wien im Oktober 2010 fanden sich auf FPÖ Wahlkampfplakaten Slogans wie „Mehr Mut für unser ‚Wiener Blut‘. Zuviel Fremdes tut niemandem gut.“ Auf ihren Wahlkampfprospekten sprach sich die FPÖ für einen landesweiten Bann von Minaretten aus und bezeichnete einen Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei mit irakischen Wurzeln als „Islamisten“.

Es lagen keine Berichte über Fälle vor, in denen Menschen aufgrund ihres religiösen Bekenntnisses festgehalten wurden oder Gefängnisstrafen absitzen mussten.

Verbesserungen und positive Entwicklungen bezüglich Religionsfreiheit

Die Regierung setzte ihre Politik der Restitution von während des Holocaust verlorenen Eigentums an die ursprünglichen Eigentümer oder ihre Erben fort. Sie erließ im Dezember ein Gesetz, in dem sie sich verpflichtete, über die nächsten 20 Jahre insgesamt 20 Millionen Euro (28 Millionen Dollar) für den Erhalt der jüdischen Friedhöfe im Land bereitzustellen.

Abschnitt 3 Missbrauch und Diskriminierung auf gesellschaftlicher Ebene

Es gab einige Berichte über Fälle von gesellschaftlichem Mißbrauch oder Diskriminierung, die auf Religionszugehörigkeit, Glauben oder Ausübung der Religion basierten.

Während des Berichtszeitraums berichtete die NGO „Forum gegen den Antisemitismus“ über 70 gemeldete anti-semitische Vorfälle, darunter vier Fälle von körperlicher Gewalt. Die Zwischenfälle beinhalteten ebenfalls Schmähungen, Graffiti und Schmierereien, Drohungen, Beschädigung von Eigentum, sowie Schmähbriefe und –anrufe. In der Vergangenheit hatte das European Monitoring Center on Racism and Xenophobia (EUMC) bereits festgestellt, dass Antisemitismus in Österreich generell eher durch diffuse und traditionell antisemitische Stereotype zum Ausdruck kommt als durch Akte physischer Aggression.

Im März wurde die Außenmauer des Konzentrationslagers Mauthausen mit anti-islamischen und antisemitischen Graffiti beschmiert, die einem früheren Graffiti vom Februar 2009 ähnelten. Das Innenministerium erhöhte daraufhin die Sicherheitsvorkehrungen, lehnte jedoch den Vorschlag des Mauthausen Gedenkkomitees ab, an dem Ort eine Videokamera zu installieren.

Bei einer Pressekonferenz am 16. Juni berichtete der Präsident der Jüdischen Glaubensgemeinschaft Ariel Muzicant über einen Anstieg antisemitischer Vorfälle im Zusammenhang mit dem Angriff auf die Gaza Hilfsflotte vom 31. Mai 2010. Mehrere muslimische Gruppen organisierten Anfang Juni gegen Israel gerichtete Demonstrationen, bei denen auch ein antisemitisches Transparent mit dem Slogan „Wach auf, Hitler“ verwendet wurde. Ein anderes Transparent setzte den Judenstern mit dem Hakenkreuz gleich. Muzicant berichtete außerdem über einen Vorfall bei dem zwei türkischsprachige Männer einen Rabbi in Wien angespuckt hatten.

Im September verbot die Medizinische Universität Graz (MUG) als erste österreichische Universität teilweise das Tragen des Schleiers. Die Verwaltung der Universität entschied, dass Studenten in Seminaren und während Prüfungen zwar keine Schleier mehr tragen dürfen, aber schon noch in Vorlesungen. Sie betonten, die neue Regelung habe keinen politischen Hintergrund, sondern basiere auf „rein pragmatischen Überlegungen“.

Am 9. September verurteilte das Wiener Straflandesgericht den verurteilten Holocaust Leugner Gerd Honsik zu einer zusätzlichen, nicht zur Bewährung ausgesetzten Gefängnisstrafe von zwei Jahren wegen Verletzung des Gesetzes, das nationalsozialistische Wiederbetätigung untersagt. Diese Verurteilung bezog sich auf die Veröffentlichung von zwei Büchern im Jahr 2009, in denen Honsik gegen das Werk von Simon Wiesenthal gerichtete Anschuldigungen vorbrachte. Honsik leistete zu diesem Zeitpunkt bereits eine Gefängnisstrafe wegen einer früheren Verletzung des Verbotsgesetzes gegen nationalsozialistische Wiederbetätigung ab.

Am 28. September verurteilte ein Wiener Gericht einen indischer Sikh in Zusammenhang mit einem im Jahr 2009 verübten Anschlag auf einen Sikh Tempel in Wien, bei dem ein Guru getötet wurde, zu einer lebenslangen Haftstrafe.

Am 9. und 10. Oktober beschmierten unbekannte Täter die Mauer der bekannten katholischen Pilgerstätte in Mariazell mit anti-islamischen Slogans.

Am 15. Und 16. November fand im Straflandesgericht Eisenstadt der Prozess gegen 14 Männer im Alter zwischen 18 und 38 Jahren wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung statt. Den Männern wurde vorgeworfen, öffentlich die Hände zum Hitlergruß erhoben zu haben und in den Jahren 2007 und 2009 Geschäftsfassaden mit Hakenkreuz-Graffiti beschmiert zu haben. Das Gericht verurteilte sechs der Angeklagten zu Haftstrafen auf Bewährung zwischen fünf und acht Monaten und fünf weitere zu zwischen 70 und 100 Stunden gemeinnütziger Arbeit. Drei der Angeklagten wurden freigesprochen.

Während des Berichtszeitraums untersuchte eine Spezialeinheit des Innenministeriums eine neo-nazistische Internetseite, die Links zu Hitlers „Mein Kampf“ enthielt, dazu aufrief, das „deutsche Erbe“ zu bewahren, und Personen die gegen Rechtsextremismus auftreten denunzierte. Die Spezialeinheit führte im Oktober mehrere Hausdurchsuchungen durch. Es gab aber keine Berichte über Festnahmen.

Am 1. Dezember verurteilte ein Landesgericht in Wels drei Männer wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung in Zusammenhang mit einem Vorfall an der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers in Ebensee. Die Männer störten eine Gedenkveranstaltung, feuerten aus Luftgewehren auf französische Besucher und schrien nationalsozialistische Slogans. Die drei Männer erhielten Gefängnisstrafen im Ausmaß von bis zu sechs Monaten auf Bewährung.

Klagen über gesellschaftliche Diskriminierung und verbale Schmähungen gab es von muslimischer Seite. Muslimische Frauen berichteten über Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt, wenn potentielle Arbeitgeber erfuhren, dass sie Kopftuchträgerinnen sind. (Seit 2004 können Personen, die Opfer solcher Diskriminierung wurden, das Gleichbehandlungsgesetz nutzen, welches die EU Richtlinien zur Verhinderung von Diskriminierung und Rassismus umsetzt, um entsprechende gerichtliche Maßnahmen zu erzwingen.) Frauen, die Kopftücher tragen, berichteten auch von Belästigungen in der Öffentlichkeit.

Im Dezember gab die Stadt Wiener Neustadt grünes Licht für den Bau eines neuen islamischen Zentrums. Am Ende des Berichtszeitraums dauerte die Bautätigkeit an einem neuen islamischen Friedhof in Vorarlberg noch an. Eine Kontroverse um den Ausbau eines türkisch-islamischen Zentrums in Wien blieb ungelöst.

Eine im Februar veröffentlichte Studie des IMAS (Internationales Institut für Markt- und Sozialanalyse) erhob, dass 54 Prozent aller Österreicher glaubten, der Islam stelle eine Bedrohung des Westens dar und 71 Prozent sagten der Islam sei unvereinbar mit der Demokratie. 61 Prozent meinten „Österreich ist ein christliches Land und das soll auch so bleiben“. 59 Prozent der Befragten sprachen sich gegen den Bau von Minaretten aus und 51 Prozent waren der Meinung, der Bau von Moscheen und das Tragen von Kopftüchern gehöre überhaupt verboten. Dagegen hatten sich in einer im Jahr 2009 erstellten Gallup Umfrage 60 Prozent der Österreicher gegen ein Verbot von Minaretten ausgesprochen. Die Wiener Jüdische Glaubensgemeinschaft und der Wiener Erzbischof Kardinal Christoph Schönborn wandten sich öffentlich gegen ein solches Verbot.

Gegenüber Mitgliedern nicht-anerkannter religiöser Gruppen wurde weiterhin ein gewisses Maß an gesellschaftlichem Mißtrauen sowie an Diskriminierung festgestellt, besonders gegen Mitglieder von Gemeinschaften, die als Sekten gelten. In großen Teilen der Öffentlichkeit herrscht die Vorstellung, daß solche Gruppen verwundbare Personen finanziell ausbeuten, junge Leute anwerben und einer Gehirnwäsche unterziehen, antidemokratische Ideologien predigen, und die Legitimität der Staatsgewalt leugnen. Gelegentlich gab es Radio- oder Fernsehsendungen in denen Opfer, Angehörige oder Freunde solcher Opfer auftraten, die behaupteten, von Gruppen, die als „Sekten“ eingestuft werden, beziehungsweise von satanischen oder esoterischen Bewegungen ausgebeutet worden zu sein. Im Jahr 2009 wurden dem Beauftragten für Gleichbehandlung 41 Fälle von religiös motivierter Diskriminierung vorgelegt.

Mitglieder von Gemeinschaften, die von der Regierung als „Sekten“ eingestuft werden, beschwerten sich immer wieder, dass die Regierung zu sehr von Einzelfällen ausgeht, in denen Menschen negative Erfahrungen mit einer bestimmten Gemeinschaft gemacht hatten, anstatt direkten Kontakt mit der breiten Mehrheit der zufriedenen Mitglieder aufzunehmen.

Einige Gruppen beschwerten sich über Vorfälle, in denen Lehrer während des Religions- oder Ethikunterrichts, der weder in öffentlichen noch in Privatschulen von der Regierung kontrolliert wird, Videos mit gegen „Sekten“ gerichtetem Inhalt gezeigt hatten. Eine Gruppe beschwerte sich über gegen „Sekten“ gerichtetes Material in einem Flugblatt, dessen Zielgruppe ältere Mitbürger waren.

Die Beziehungen zwischen den 14 offiziell anerkannten Religionsgesellschaften sind allgemein freundlich. 14 christliche Kirchen, darunter auch die Römisch-Katholische Kirche, verschiedene protestantische Bekenntnisse, und acht orthodoxe sowie alt-orientalische Kirchen führen im Rahmen des Ökumenischen Rats der Kirchen in Österreich einen Dialog. Die Baptistengemeinden sowie die Heilsarmee haben Beobachterstatus im Rat. Die internationale katholische Organisation „Pro Oriente“, die den Dialog mit den orthodoxen Kirchen sucht, ist ebenfalls in Österreich aktiv.

Abschnitt 4 Politik der U.S. Regierung

Die amerikanische Regierung und die österreichische Regierung besprechen Themen, welche die Religionsfreiheit betreffen, im Zusammenhang mit den Bemühungen der amerikanischen Regierung zur Förderung der Menschenrechte.

Die amerikanische Botschaft beobachtet die Einhaltung der Prinzipien religiöser Toleranz und Redefreiheit seitens der österreichischen Regierung im Zuge ihrer Evaluierung der von der Regierung betriebenen Politik und ihres Bekenntnisses zur Rede- und Meinungsfreiheit. Der amerikanische Botschafter und andere Vertreter der Botschaft treffen regelmäßig mit religiösen und politischen Führungspersönlichkeiten des Landes zusammen, um die Bindung der amerikanischen Regierung an die Prinzipien der Religionsfreiheit und Toleranz deutlich zu machen und die Anliegen von Nicht-Regierungsorganisationen und religiösen Gemeinschaften bezüglich der Religionspolitik der Regierung zu besprechen.

Die Botschaft unterhielt einen aktiven Dialog mit Mitgliedern der katholischen, jüdischen und muslimischen Glaubensgemeinschaften, den Zeugen Jehovas, der Scientology Kirche, der Vereinigungskirche sowie anderen religiösen Gruppen.

Die Botschaft setzt in ihren Programmen Schwerpunkte in den Bereichen religiöse Freiheit und Toleranz.